

KONZEPTPAPIER

**LEBEN IN
FREIHEIT
SICHERHEIT
UND VIELFALT**

Grüne Innenpolitik in Bayern

KONZEPT FÜR EINE GRÜNE INNENPOLITIK IN BAYERN: LEBEN IN FREIHEIT, SICHERHEIT UND VIELFALT

Inhalt

I. ABSTRACT	3
II. SITUATIONSANALYSE	3
III. UNSERE ZIELE IN DIESEM BEREICH	4
Katastrophenschutz in Bayern zukunftsfest aufbauen	5
Extremismus und Terrorismus entschieden bekämpfen	5
Organisierte Kriminalität zurückdrängen	6
Cybercrime in den Blick nehmen	6
Kulturwandel hin zu einer Stärkung der bürgernahen modernen Polizei	6
Kampf gegen Kindesmissbrauch intensivieren	7
Hass und Hetze im Netz – Hate Speech geht uns alle an	7
IV. UNSER WEG DORTHIN	7
Feuerwehr und andere Blaulichtorganisationen stärken und wertschätzen	7
Sicherheit für alle und eine gut ausgestattete Polizei	8
Verfassungsschutz neu denken	10
Waffengewalt eindämmen	11
Landesmaßnahmenpaket gegen organisierte Kriminalität	11
Cyberraum stabil und sicher machen	11
Hate Speech den Kampf ansagen	12

I. ABSTRACT

Der Schutz unserer Demokratie und der Grundrechte der Bürger*innen stehen im Mittelpunkt Grüner Innenpolitik: Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern frei und sicher leben können - in Vielfalt, in Selbstbestimmung und in Würde. Ein gut austariertes Maß an Sicherheit ist die Grundlage für ein freies, selbstverwirklichendes Leben. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und erfüllt einen zentralen Zweck: Die Freiheit zu sichern. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass nur ein starker Rechtsstaat Sicherheit und Freiheit gewährleistet. Die Kriminalstatistik zeigt, dass Bayern ein sicheres Land ist. Diesen Erfolg haben wir vor allem der guten und engagierten Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, den Blaulichtorganisationen und der starken Zivilgesellschaft zu verdanken. Leider ist in den letzten Jahrzehnten einiges liegengeblieben, das muss jetzt politisch angepackt werden. Es gilt weiterhin jeden Tag die weltoffene, demokratische Gesellschaft vor ihren Feinden zu schützen, alle Bedrohungen konsequent in den Blick zu nehmen und ihnen entschlossen entgegenzutreten.

In der Grünen Innenpolitik gehen Prävention und Repression Hand in Hand. Gefahrenabwehr funktioniert am besten, wenn sie die Vorbeugung von Gefahren mitumfasst. Deshalb sind eine flächendeckende Präventionsarbeit und die Investition in demokratische Bildung der Gesellschaft ein Fundament Grüner Innenpolitik. Dort wo der Rechtsstaat konsequent handeln muss, ist es wichtig, dass er materiell und personell exzellent ausgestattet ist. Im Zentrum Grüner Innenpolitik steht also die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, die gegenseitiges Vertrauen fördert und so gemeinschaftsbildendes Handeln erst ermöglicht. Wir wollen einen echten Wandel in der Bayerischen Innenpolitik erreichen. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die Rechtsgüter vor realen Bedrohungen schützt, konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt. Eine Sicherheits- und Kriminalpolitik, die eine verhältnismäßige Strafverfolgung gewährleistet, statt mit enormer Streubreite die Bevölkerung zu überwachen und Sicherheitsbehörden mit immer neuen Befugnissen für Grundrechtseingriffe auszustatten. Wir wollen hin zu einem neuen Verständnis zwischen Sicherheitsbehörden und Bürger*innen, dass das Vertrauen in unsere staatlichen Institutionen – und damit in unsere Demokratie - stärkt. Sicherheit schaffen, um Freiheit zu ermöglichen - das ist unser Ziel.

II. SITUATIONSANALYSE

Es gibt nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden mehr als tausend gewaltbereite Rechtsextremist*innen in Bayern, die sich immer stärker transnational und digital vernetzen. Die rechtsextreme Szene hat sich in den vergangenen Jahren noch einmal erheblich radikalisiert und die Gefährdungslage durch rechten Terrorismus ist so groß wie nie. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen muss oberste Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Wir sehen, dass unsere Demokratie durch extremistische Angriffe unter Druck gerät, wir verteidigen sie dagegen entschlossen und mit klarer Haltung. Die Corona-Pandemie hat der extremistischen Szene zudem neuen Nährboden verschafft. Die Verbreitung von Verschwörungsmethoden und Desinformationskampagnen auf Social-Media und das Erstarken der „Querdenker“-Szene im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen stellt uns vor neue Herausforderungen. Die grundlegende Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und ihrer gewählten Repräsentanten sowie der Medienlandschaft und wissenschaftlicher Fakten, sind wesentliche Merkmale dieser Entwicklung. Zudem versucht die rechtsextremistische Szene die Proteste für eigene Zwecke zu nutzen. Vor dieser gefährlichen Radikalisierung im Corona-Protest-Milieu und Instrumentalisierung der Kritik an Corona-Maßnahmen warnen wir seit Beginn der Pandemie.

Gleichzeitig bleibt die Bedrohung durch den Islamistischen-Terror eine gegenwärtige und konkrete Gefahr. Jegliche Form von Extremismus ist ein Angriff auf unsere Demokratie und wir treten konsequent allen Verfassungsfeinden entgegen. Symboldebatten und reflexartige Gesetzesverschärfungen bringen uns jedoch keinen sicherheitspolitischen Mehrwert. Stattdessen benötigen wir eine zielgerichtete Abwehr terroristischer Bedrohungen durch u.a. das frühzeitige Erkennen von Netzwerken und Hintermännern. Um das zu erreichen, brauchen wir dringend eine Reform der Kooperation und Kommunikation der Sicherheitsbehörden in Bund, Ländern und Europa.

Der Katastrophenschutz muss in Bayern zukunftsfest werden. Durch die Klimakrise und die damit einhergehende Zunahme von Extremwetterereignissen kommen neue Herausforderungen auf die Blaulichtorganisationen zu. Wir setzen uns für eine gute personelle und ressourcenmäßige Ausstattung und eine stärkere Verzahnung der Forschung für zivile Sicherheit mit der Klimaforschung ein. Digitale Möglichkeiten können die Ausbildung und die Einsätze im Katastrophenschutz deutlich einfacher, zeitsparend und sicherer machen. Bestehende Weiterbildungen werden wir nachschärfen, ergänzen und individueller und bedarfsgerechter ausgestalten. Wir wollen, dass der Freistaat Bayern zentral in die Nachwuchsförderung der Hilfsorganisationen intensiviert und neue Zielgruppen anspricht und erreicht. Auch die Stärkung der Bevölkerungsbildung und Selbstschutzzfähigkeiten in dem Bereich liegt bei uns im Fokus.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen. Aber zugleich ist das Internet zum Betätigungsfeld für alle Formen von Kriminalität geworden. Die massenhafte Darstellung von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen und die Vernetzung der Täter im digitalen Raum ist ein Problem, dem wir uns mit Priorität widmen.

Straftaten im Bereich der Hasskriminalität können auf Social-Media und generell im Internet noch immer zu oft begangen werden, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Das wollen wir ändern. Wer Hass und Hetze im Internet verbreitet, will anderen die Würde, die Menschlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit absprechen. Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung hat das nichts zu tun. Die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, also insbesondere Angriffe auf Schwarze Menschen, Muslimfeindlichkeit, Frauenhass und Querfeindlichkeit, ist ein Schwerpunkt der grünen Innenpolitik: Wir stärken Projekte, die sich gegen Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus einsetzen.

III. UNSERE ZIELE IN DIESEM BEREICH

Sicherheit hat eine Dienstfunktion für die Freiheit. Dennoch kann es passieren, dass sicherheitsrelevante Maßnahmen gleichzeitig Freiheitsrechte beschneiden. Wir benötigen klare Bedingungen, wann diese Eingriffe zwingend notwendig sind, um das Grundrecht auf Freiheit zu schützen. Grundsätze wie Verhältnismäßigkeit, präzise Zweckbindungen oder Eingriffsschwellen helfen uns in der Politik bei dieser Abwägung. Das Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit ist kein Nullsummenspiel, kein Gegensatz: Wir können mehr Sicherheit gewinnen und zugleich erzielen wir größere Freiheitsgrade.

Unsere Gesellschaft ist im permanenten Wandel und die Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen müssen auf neue gesellschaftliche und technische Entwicklungen reagieren. Wir setzen auch bei der Gefahrenabwehr auf Fakten und wissenschaftliche Evaluation: Probleme müssen nüchtern analysiert werden, um wirkungsvolle Lösungen zu finden. Unser Ziel ist eine evidenzbasierte und grundrechtsschonende Innenpolitik. Wir wollen wachsam sein, gegen alle Feinde der Demokratie und

ihnen entschieden und konsequent entgegenzutreten. Den überbordenden Eingriff in die Privatsphäre der Menschen durch immer weitere Überwachungsbefugnisse von Polizei und Verfassungsschutz, lehnen wir ab. Zielgerichtete Maßnahmen von gut ausgestatteten Sicherheitsbehörden ist der Schlüssel zum Erfolg! Wir stellen deswegen eine Überwachungsgesamtrechnung auf, die laufend fortgeführt wird.

Wir stellen die Weichen in Richtung einer freiheitsorientierten Innen- und Sicherheitspolitik, damit Menschen sicher in Vielfalt leben können. Die Grundsätze Grüner Innenpolitik, die uns dabei leiten sind: intakte staatliche Institutionen und Organisationen, eine neue Fehlerkultur, rechtsstaatliche Verfahren und bürgerfreundliche, transparente Behörden, welche die Freiheitsrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und ihnen auf Augenhöhe begegnen.

Außerdem ist Grüne Innenpolitik vorausschauend: Wir wissen, dass die veränderte geopolitische Bedrohungslage durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine unsere innenpolitische Stabilität vor völlig neue Aufgaben stellen. Uns ist bewusst, dass die Chancen der Digitalisierung auch mit Herausforderung für die Sicherheitsbehörden einhergehen. Wir verstehen, dass die Klimakrise zu einer Zunahme von Extremwetterereignissen führt, und deshalb der Katastrophenschutz resilienter werden muss. Wir haben im Blick, dass unsere Demokratie und unsere Innere Sicherheit vor Radikalisierungs- und Destabilisierungsangriffen geschützt werden muss. Unsere Sicherheitsbehörden werden künftig immer stärker die Rolle der vorbeugenden „Demokratie-Beschützer*innen“ einnehmen müssen. Auf diese zahlreichen Entwicklungen geben wir heute Antworten:

Katastrophenschutz in Bayern zukunftsfit aufbauen

Über 90 Prozent der Helfenden bei Feuerwehr- und Rettungsorganisationen sind in Bayern ehrenamtlich aktiv. Für Einsätze sind sie Tag und Nacht erreichbar. Wir begegnen diesem Ehrenamt mit höchster Wertschätzung und werden es stärken. Die Helferfreistellung für Rettungskräfte wollen wir jener der Feuerwehr angleichen. Eine funktionierende Bedarfsplanung der Hilfsorganisationen ist unser gemeinsames Ziel. Den Katastrophenschutz müssen wir so aufstellen, dass er für die Herausforderungen der Klimakrise optimal gerüstet ist und auch die veränderte geopolitische Bedrohungslage im Blick hat. Wir werden die Hilfsorganisationen noch besser vernetzen und die Übungen von Großschadensereignissen – auch mit internationalem Bezug – regelmäßig intensivieren. Wir stärken die planerischen und technischen Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes und bauen die Fähigkeiten der Organisationen aus, optimieren Meldewege und Abläufe und passen sie weiter an die Lage an, etwa die Reaktionsfähigkeit bei feindlichen Cyber-Angriffen auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS) oder einer Mangellage bei Treib- und Brennstoffen. Daneben müssen wir daran arbeiten, den europäischen Zivil- und Katastrophenschutz auszubauen und besser zu vernetzen. Auch die Katastrophenschutzpläne in der Schublade müssen auf den Prüfstand, an die Jetztzeit angepasst, und fehlende – nicht nur im Bereich der Kritischen Infrastruktur, sondern auch z.B. im Gesundheitswesen oder bei Schulen und Bildungseinrichtungen, erstellt werden.

Extremismus und Terrorismus entschieden Bekämpfen

Rechtsextremismus, Islamismus, Verschwörungsideologien, Linksextremismus oder jeder anderen Form des Extremismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft finden. Extremisten wollen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen und schrecken dabei auch nicht vor Gewalt zurück. Dem müssen wir mit großer Wachsamkeit begegnen und mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Die Bekämpfung von Antisemitismus und Rechtsextremismus ist das zentrale Handlungsmotiv unserer Extremismusabwehr und unabdingbar erforderlich, um unsere Demokratie zu schützen. Gleichzeitig

treten wir allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen entschieden entgegen. Diesen Herausforderungen werden wir mit einem Dreiklang aus Prävention, Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr in aller Entschiedenheit begegnen. Hierzu gehört auch die Reform des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutzes (BayLfV) und eine Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes.

Organisierte Kriminalität zurückdrängen

Die Organisierte Kriminalität (OK) stellt eine sehr ernste und trotzdem immer noch vielfach unterschätzte Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland und Europa dar und bleibt doch für die Bürger*innen meist unsichtbar. Sie betrifft zahlreiche Bereiche: Drogenhandel, Schmuggel, Menschenhandel sowie Ausbeutung von Menschen oder Geldwäschegeschäfte. Straftaten verlagern sich zunehmend in den digitalen Raum und neue Organisationsformen der Kriminalität entstehen. Die OK ist vielseitig, anpassungsfähig und befindet sich wie unsere Gesellschaft im ständigen Wandel. Sie arbeitet zunehmend arbeitsteilig und transnational über Ländergrenzen hinweg. Ihre Bekämpfung muss daher ein Schwerpunkt grüner Innenpolitik sein.

Cybercrime in den Blick nehmen

Ein großer Teil der Kriminalität spielt sich heute im digitalen Raum ab. Diesen virtuellen Raum werden wir deshalb bei allen Initiativen mitdenken und genauso in den Blick nehmen, wie die analoge Welt. Cyberattacken auf private Unternehmen, Behörden und die Kritische Infrastruktur sind eine große Herausforderung: Unser Ziel ist es, dass Finanzmärkte, Stromversorgung, Medien und Krankenhäuser, Kommunen und Behörden bestmöglich geschützt sind. Die Betreiber von kritischer Infrastruktur werden für entsprechende Gefahren sensibilisiert und darüber hinaus umfangreiche Handlungsempfehlungen für die Verbesserung von IT-Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, die fachliche Kompetenz der Behörden und Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur in Bayern weiter zu erhöhen, damit sie in die Lage versetzt werden, Cyber-Attacken frühzeitig zu erkennen und abzuwehren. Die Angriffe auf unsere Sicherheitsinfrastruktur durch Cybercrime und Hacking verlangen von der Polizei einen Quantensprung in Sachen Ausbildung, Personal und Ausrüstung.

Kulturwandel hin zu einer Stärkung der bürgernahen modernen Polizei

Wir sorgen für eine bürgernahe, gut ausgestattete und ausgebildete Polizei. Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit und Familie und Beruf ein. Durch eine überfällige Aufgabenkritik werden wir eine Konzentration auf wesentliche Aufgaben erreichen und die Polizei von unnötigen Tätigkeiten entlasten.

Eine moderne Landespolizei braucht auch ein Landespolizeigesetz auf der Höhe der Zeit. Viele der zahlreichen Verschärfungen des Bayerischen Polizeirechts der vergangenen Jahre halten wir für verfassungswidrig und falsch. Die Absenkung der polizeilichen Eingriffsschwelle durch den flächendeckend geltenden Begriff der „drohenden Gefahr“ ermöglichen ein Tätigwerden schon weit im Gefahrenvorfeld. Das ist im allgemeinen Polizeirecht systemwidrig und fördert eine Vernachlässigung der Polizei. Wir wollen das Vertrauen der Bürger*innen in die staatlichen Institutionen stärken. Deshalb brauchen wir eine Polizeirechtsreform, die nicht einseitig auf Überwachung und Eingriffe setzt, sondern die in den Blick nimmt, wie progressive und grundrechtsschonende Polizeiarbeit funktioniert. Die Polizei muss mit den Mitteln ausgestattet sein, die sie benötigt, um effektive Gefahrenabwehr zu betreiben und Straftaten erfolgreich aufzuklären. Diese Mittel werden wir

gleichzeitig so grundrechtsschonend wie möglich gestalten. Hierfür brauchen wir eine grundlegende Reform des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes, entlang der Leitlinien der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung

Kampf gegen Kindesmissbrauch intensivieren

Im Kampf gegen Kindesmissbrauch stärken wir die Polizeieinsatzkräfte personell und entlasten sie gleichzeitig überall dort, wo es möglich ist, bei der Auswertung durch technische Lösungen. Die Informationsweitergabe zwischen Ermittlungsbehörden und Kinder- und Jugendhilfe muss optimiert werden. Die Opferperspektive muss in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt werden. Die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in gesellschaftlichen Gruppen, wie Sportvereinen, Kirchen und der Jugendarbeit sowie die Verantwortung staatlicher Stellen werden wir priorisieren und den Opfern Gehör schenken. Auch die psychologische Unterstützung der Ermittler*innen in dem Bereich wollen wir ausbauen.

Hass und Hetze im Netz - Hate Speech geht uns alle an

Sexistische Mails an Frauen, Hasskommentare gegen Homosexuelle, Gewaltandrohungen gegen jüdische Menschen oder Migrantinnen und Migranten: Hate Speech hat viele Gesichter aber ganz konkrete Zielgruppen. Hasskriminalität im Internet ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das uns alle betrifft und sich nur lösen lässt, wenn wir auf vielen Ebenen dagegen vorgehen. Starke Behörden erhalten die notwendigen Werkzeuge und das Personal, um Hate-Speech-Delikte aufzudecken und Täter zu ermitteln. Und wir stärken die Betroffenen und holen sie heraus aus der Opferrolle: Sie sollen Fälle von Online-Hasskriminalität genauso leicht anzeigen können, wie die Hetzer sie verbreiten können!

IV. UNSER WEG DORTHIN

Wirkungsvolle Innenpolitik ist dynamisch und reagiert auf neue Herausforderungen rechtsstaatlich und zielgerichtet. Dazu gehört, dass unsere Sicherheitsbehörden die volle Unterstützung für die rechtsstaatliche Abwehr von Gefahren bekommen. Dazu gehört auch, dass die Grundrechte und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger geschützt werden. Um unsere Ziele zu erreichen, werden wir konkrete Maßnahmen ergreifen:

Feuerwehr und andere Blaulichtorganisationen stärken und wertschätzen

Wir brauchen eine Stärkung und bessere Ausstattung der kommunalen Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes der helfen kann, Schäden zu verringern oder diese schneller zu beseitigen. Jeder Landkreis soll über ein Katastrophenschutzzentrum verfügen, das modular den Landkreis befähigt, Lagerhaltung von Material für den Katastrophenfall (Feldbetten, Schneeschaufeln) zu ermöglichen, sowie Unterbringung von Hilfeleistungskontingenten und inselfähige Stabsräume vorzuhalten.

Die Zusammenarbeit auch über Ländergrenzen hinweg muss vereinfacht und in der Vorbereitung systematisch angegangen werden. Gerade Großschadenslagen machen nicht an Grenzen halt: Maßnahmen in der Bekämpfung eines Hochwassers müssen beispielsweise koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Hierzu braucht es einheitliche Standards in Anwendung und Kommunikation,

wie zum Beispiel beim länderübergreifenden Einsatzfunk. Dazu muss auch der europäische Katastrophenschutzmechanismus und die europäische Reserve „rescEU“ weiter ausgebaut werden. Durch gemeinsame Übungen verschiedener Nationen sowie die Bereitstellung von Kontingenten bei Großschadensereignissen durch den Freistaat soll die länderübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden. Dabei ist die Refinanzierung der Hilfsorganisationen durch den Freistaat Bayern sicherzustellen. In Fällen, in denen der Katastrophenfall (K-Fall) durch das Innenministerium festgestellt worden ist, fehlt im bisherigen Katastrophenschutzgesetz eine zuständige Aufsichtsbehörde. Daher fordern wir in diesem Fall eine automatische und engmaschige Unterrichtung des Landtags. Dieser soll einen landesweiten oder länger andauernden K-Fall auch für beendet erklären zu können.

Gemeinsame und ressortübergreifende sowie risikobasierte Übungen von Bund, Ländern und Kommunen und den verschiedenen Organisationen müssen öfter und regelmäßig stattfinden. Die Erkenntnisse aus den Übungen müssen

mittels standardisierten Übungs- und Einsatzauswertungen analysiert und dann umgesetzt werden. Ein Transfer von Wissen und Risikobewertungen muss zwischen den Ebenen durch ein „Gemeinsames Lagezentrum Bayern“ gefördert und ausgebaut werden.

Wir wissen, dass in Katastrophenfällen die Bevölkerung schnell und einfach gewarnt werden muss, denn eine frühzeitige und barrierefreie Kommunikation ist eines der entscheidenden Kriterien, um Menschen zu schützen und Schäden zu verringern. Eine moderne Krisenkommunikation muss unterschiedliche Medienkanäle (Warn-Apps, Cell-Broadcast, mehrsprachige Warnungen, Sirenen, TV und Radio) nutzen, um sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Dazu gehört auch, dass die Informationen verständlich aufbereitet sind und klare Handlungsempfehlungen enthalten. Die Warnungen müssen in Zukunft so gestaltet werden, dass sie besonders vulnerable Gruppen, wie beispielsweise ältere Menschen oder Personen mit Behinderungen, sicher und rechtzeitig erreichen. Auch die Hilfe zur Selbsthilfe und das richtige Reagieren im Katastrophenfall müssen verstärkt wieder vermittelt werden, am besten beginnend in der Schule, z.B. durch Vermittlung von Ersthilfekursen.

Jeden Tag bringen sich viele Menschen im Katastrophenschutz ehren- und hauptamtlich für unsere Gesellschaft ein. Über 90 Prozent der eingesetzten Helfer*innen sind dabei ehrenamtlich aktiv. Für Ausbildungen und Übungen, Pflege von Gerätschaften und die Einsatzplanung verbringen sie oft viele Stunden in der Woche im Dienst der Allgemeinheit. Für Einsätze sind sie Tag und Nacht erreichbar, um aus dem Alltag heraus jederzeit in die Rolle der Helfenden zu schlüpfen. Lehrgänge an überörtlichen Schulen oder Einsätze in Großschadenslagen können dabei auch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Daher müssen wir diese Menschen stets im Blick haben und sie bei der Ausführung ihres Ehrenamtes unterstützen. Die immer häufiger werdenden physischen und psychischen Angriffe auf Helfer*innen im Einsatz tolerieren wir nicht und setzen uns u. a. für mehr Alkohol- und Drogenprävention in der Gesellschaft, Beratungsstellen für Betroffene, ein Lagebild sowie eine Dunkelfeldstudie ein.

Wir Grüne stehen auch für gute Arbeitsbedingungen der hauptamtlichen Kräfte im Katastrophenschutz. Neben der Verwaltung liegt unser Blick hierbei besonders auch auf den Berufsfeuerwehren und den Rettungsdiensten. Gute Bezahlung, gerade auch in Führungspositionen, Familienfreundlichkeit und eine volle Kostendeckung müssen unser Ziel sein. Gerade im Rettungsdienst müssen Tarifverträge angepasst und attraktiver gestaltet werden

Sicherheit für alle und eine gut ausgestattete Polizei

Die Bayerische Polizei ist leistungsstark. Auch wenn sie im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt ist,

was die personelle und ressourcenmäßige Ausstattung angeht, ist dennoch festzuhalten: Die Bayerische Polizei ist überlastet. Mehr als 2,4 Millionen Überstunden schieben die bayerischen Polizistinnen und Polizisten zum Stichtag November 2021 vor sich her. Dieser massive Überstundenberg muss abgebaut werden, denn er schadet der Gesundheit und dem sozialen Umfeld der Polizistinnen und Polizisten sowie der Attraktivität des Polizeiberufs. Es braucht dazu eine Aufgabenkritik bei der Polizei. Es kann nicht sein, dass wir den Polizistinnen und Polizisten immer mehr Aufgaben aufbürden und sie vollzugsfremde Tätigkeiten übernehmen müssen. Wir Grüne machen uns deswegen stark für eine Umschichtung der polizeilichen Aufgaben in einigen Bereichen. Konfliktprävention und Angebote für ein professionelles Konfliktmanagement können die Polizei entlasten. Bei Konflikten im öffentlichen Raum - etwa zwischen lärmgeplagten Anwohner*innen und nächtlichen Straßenpartygänger*innen -, aber auch unter Nachbarn oder in Schulen können professionelle Unterstützungsangebote vorbeugend wirken, deeskalieren, Gespräche auf Augenhöhe vermitteln und friedlichen Interessenausgleich ermöglichen. Zudem braucht es mehr Personal bei der Polizei – neben mehr Beamt*innen gilt das natürlich auch für die Tarifkräfte.

Den Investitionsstau bei Ausrüstung und Material werden wir beheben und für moderne Polizeitechnik in der Fläche sorgen. Unsere Polizeieinsatzkräfte benötigen moderne Streifenwagen und aktuelle IT-Hardware.

Insbesondere bei der Kriminalpolizei werden wir dem Wissensverlust durch viele in den kommenden Jahren in die Pension eintretende Kräfte durch mehr Personal entgegenwirken.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten tolerieren wir nicht und verurteilen sie aufs schärfste. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, den gegenseitigen Respekt zwischen Bürger*innen und Bürgern und Vertreter*innen der Staatsgewalt zu fördern. Die Polizei und Rettungskräfte müssen bei ihren lebenswichtigen Aufgaben geschützt werden. Das Lagebild Gewalt gegen Polizeieinsatzkräfte werden wir fortschreiben wissenschaftlich begleiten. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um das Bild von Polizeibeamt*innen in der Öffentlichkeit zu verbessern, beispielsweise durch den Ausbau von Kontakt zu Grund- und weiterführenden Schulen. Daneben ist es dringend erforderlich, mehr in Alkohol- und Drogenprävention zu investieren.

Wir werden das Personalkonzept der Bayerischen Polizei weiterentwickeln und einen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf legen. Denn wir Grüne möchten, dass der Frauenanteil und insbesondere der Anteil weiblicher Führungskräfte bei der Polizei deutlich steigen. Mehr Vielfalt im Polizeidienst ist für alle ein Gewinn, deshalb werden wir den Bereich Diversity bei der Einstellung und Ausbildung stärker in den Blick nehmen. Die Polizei ist Spiegel der Gesellschaft, und soll deren kulturelle Vielfalt abbilden.

Gleichzeitig nehmen wir die Gefahr des rechtswidrigen Racial Profiling, also von Personenkontrollen allein aufgrund von äußeren Merkmalen wie beispielsweise der Hautfarbe einer Person, ernst. Deswegen werden wir eine wissenschaftliche Studie zu strukturellem Rassismus bei der Bayerischen Polizei in Auftrag geben. Die Studie muss sowohl die Perspektiven der Polizei auf ihre Arbeit als auch die Perspektive der Betroffenen durch die Arbeit der Polizei in die Konzeption einbeziehen. Sie soll als Bestandsaufnahme dienen und untersuchen, woher solche Einstellungen kommen und ob sie in bestimmten Arbeitsbereichen gegebenenfalls gehäuft auftreten. Zudem soll untersucht werden, welche Effekte diese Einstellungen auf die Polizeiarbeit und auf Betroffene von rassistischer Diskriminierung haben. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Ergebnisse sollen dann Vorschläge für präventive Gegenmaßnahmen erarbeitet werden.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Bayerische Polizei ist unverzichtbar in einem funktionierenden Rechtsstaat. Zu guter Polizeiarbeit gehört für uns deshalb, dass die Polizei erkennbar und besser

ansprechbar wird. Bisher sind die Bayerischen Polizeikräfte nur unzureichend individuell gekennzeichnet. Das werden wir durch die Einführung einer in anderen Bundesländern bereits erfolgreich erprobten individuellen Kennzeichnungspflicht ändern. So wird Transparenz und Vertrauen gestärkt.

Auch gibt es immer mal wieder Vorwürfe, bei Ermittlungsverfahren gegen Polizistinnen und Polizisten würde es an der notwendigen Neutralität fehlen. Dieser Verdacht muss durch entsprechende strukturelle Reformen ausgeräumt werden. Es ist gutes demokratisches Recht, Einsätze zu hinterfragen, zu loben was gut läuft und zu kritisieren, was schlecht läuft. Zur Stärkung des Vertrauens im Verhältnis zwischen Bürger*innen und Polizei werden wir als zentrale Beschwerdestelle eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n schaffen. Ihre oder seine Aufgabe ist es zum einen Ansprechperson für Polizistinnen und Polizisten zu sein und zum anderen, vorgetragene Kritik in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu prüfen und mit den Beteiligten eine unmittelbare Klärung zur Wahrung des Rechtsfriedens herbeizuführen. Vorrangiges Ziel ist dabei die einvernehmliche Konfliktbereinigung mit den Mitteln der partnerschaftlichen Kommunikation und Mediation

Wir werden eine ausgewogene und bürgerrechtsfreundliche PAG Reform durchführen. Das Gesetz hat in der letzten Legislaturperiode zehntausende Bürger*innen auf die Straße gebracht, wir sind vor Gericht gezogen und es musste von der Staatsregierung mehrfach nachgebessert werden. Wir wollen dieses Gesetz so ausgestalten, dass die Polizei gut arbeiten kann, ohne die Freiheitsrechte der Bürger*innen verfassungswidrig zu verletzen.

Verfassungsschutz neu denken

Wir wollen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) reformieren und umstrukturieren: Es soll zu einer neuen Behörde umgebaut werden, die eng mit der Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und dabei das Gefahrenvorfeld engmaschig im Blick hat.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes wird darauf liegen neue Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen, dafür braucht es ausreichend Ressourcen. Zur wissenschaftlichen Erforschung neuer Radikalisierungsprozesse bei Querdenker*innen und Corona-Leugner*innen sowie zur Dynamik von entsprechenden Verschwörungsideologien werden empirische Studien angeregt und gefördert.

Der Einsatz von V-Leuten in der rechtsextremistischen Szene verlief in der Vergangenheit desaströs, wie die parlamentarische Aufarbeitung der NSU-Mordserie gezeigt hat. Das V-Leute-System des Verfassungsschutzes wollen wir in seiner derzeitigen Form abschaffen. Außerdem muss die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes wieder gestärkt werden.

Mit einem Demokratieförderprogramm werden wir Grüne dafür sorgen, dass der Freistaat zivilgesellschaftliche Projekte zur Prävention, Aufklärung und Beratung über demokratiefeindliche, antisemitische, rassistische und misogynen Verschwörungsmythen fördert und diese langfristig finanziell absichert.

Gleichzeitig werden wir Prävention gegen Radikalisierung stärken und die politische Bildung stärker in den Blick nehmen. Nur wenn den radikalen und autokratischen Erzählungen eine gut informierte Gesellschaft gegenübersteht, verfangen diese nicht.

Waffengewalt eindämmen

Die rechtsextremistischen Anschläge der vergangenen Jahre haben klar gemacht, dass wir endlich zu einer umfassenden Nachschärfung des Waffenrechts in Deutschland kommen müssen. Terrorist*innen und Extremist*innen gilt es, konsequent zu entwaffnen. Die Waffenrechtsänderungen der vergangenen Jahre müssen erneut auf den Prüfstand, wir brauchen bessere Eignungsprüfungen und Kontrollmöglichkeiten. Die Trennung von Waffen und Munition muss noch besser ausgestaltet werden und regelmäßig überprüft werden. Wir werden entschlossen gegen illegalen Waffenbesitz vorgehen und die rechtsextreme Szene, sowie alle Gefährder und relevante Personen konsequent entwaffnen.

Landesmaßnahmenpaket gegen Organisierte Kriminalität

Wir wollen ein Landesmaßnahmenpaket gegen Organisierte Kriminalität auf den Weg bringen: Wir brauchen bessere Strukturermittlungen in Sachen Organisierte Kriminalität (OK), eine verstärkte Geldwäschebekämpfung und eine noch breitere Verankerung des Themas in der Ausbildung in den Sicherheitsbehörden. Wir wollen die Förderung von Spezialisierungen und Fachkarrieren mit einer Ausweitung an Direkteinstiegsmöglichkeiten in die Kriminalpolizei. Für uns hat der Opferschutz höchste Priorität: Opfer und Zeug*innen von Menschenhandel und Ausbeutung müssen niedrigschwellige Schutzangebote erhalten. Hierzu können z. B. Beratungsangebote bei den Landeskriminalämtern für Opfer von Schutzgelderpressung gehören oder spezielle Angebote für Journalist*innen.

Cyberraum stabil und sicher machen

Die Spezialistinnen und Spezialisten bei der Schutz- und Kriminalpolizei müssen verstärkt werden. Wir wollen nicht, dass die guten IT-Leute sich nur in der freien Wirtschaft tummeln, sie sollen auch bei der Polizei arbeiten. Dazu werden wir die Voraussetzungen für die Einstellung überprüfen und bezogen auf den IT-Bereich anpassen. Auch bei der Vergütung bzw. Besoldung werden wir neue Wege gehen und eine außertarifliche Bezahlung diskutieren. Ziel muss es sein, dass die besten Hacker bei der Bayerischen Polizei arbeiten. Dafür werden wir eine mit der Bundesebene und den anderen Ländern vernetzte Cyber-Strategie zum Schutz digitaler Infrastrukturen und privater Kommunikation auflegen.

Gemeinsam stellen wir uns breit auf gegen Cyberattaken auf unsere Kritische Infrastruktur. Damit Attacken keinen Erfolg haben oder zumindest so wenig Schaden wir möglich anrichten, werden wir die IT-Systeme der öffentlichen Hand und der Kritischen Infrastrukturen widerstandsfähiger machen. Eine Reduzierung der Vulnerabilität ist die beste Prävention gegen Angriffe auf unsere IT-Sicherheit. Diese Investitionen müssen wir jetzt tätigen, damit wir gegen Cybersabotageangriffe bestmöglich geschützt sind.

Kriminelle Ransomware-Angriffe, bei denen Millionen-Beträge erpresst werden sollen, müssen wir auch auf europäischer Ebene mit einem abgestimmten Cyber-Abwehr-Mechanismus bekämpfen und die geplante Joint-Cyber-Unit der EU-Kommission schnellstmöglich wirksam einführen.

Die überfällige Regulierung von Online-Plattformen begreifen wir auch als Teil der Sicherheitspolitik. Eine wehrhafte Demokratie muss Antworten darauf finden, wenn Tech-Konzerne Desinformationen und Demokratiefeinden ein Forum bieten. Troll-Armeen und Verschwörungsideologien haben das Ziel unsere Werteordnung zu destabilisieren.

Hatespeech den Kampf ansagen

Hass im Netz muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekämpft werden. Wir wollen Waffengleichheit zwischen Betroffenen und Täter*innen schaffen. Damit Hass im Netz besser bekämpft werden kann, wollen wir eine virtuelle Polizeiwache für alle einführen. So können Betroffene von Hass und Hetze im Internet genauso einfach und niedrigschwellig gegen diese Straftaten vorgehen, wie die Täter, die sie verüben.

Wir wollen, dass Betroffene schnell und kompetent Hilfe erhalten. Deshalb wollen wir eine zentrale Beratungsstelle für Opfer von Hate-Speech schaffen. Die Unterstützung umfasst neben der unmittelbaren rechtlichen Beratung und der Entwicklung von Gegenstrategien auch die niedrigschwellige Hilfe bei gesundheitlichen Problemen. Justiz und Polizei müssen im Bereich Hate-Speech besser geschult und ausgerüstet werden. Wer auf eine Wache geht, und Straftaten im Netz anzeigen will, muss überall auf kompetente Ansprechpartner*innen stoßen.

KONTAKT



Katharina Schulze, MdL

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Innenpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2773

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de